

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 52. Ratssitzung vom 3. Juni 2015

1029. 2014/365

**Interpellation von Cordula Bieri (Grüne) und Markus Baumann (GLP) vom
12.11.2014:**

**Forderungen nach einem kantonalen Soziallastenausgleich, Haltung der Stadt zur
Forderung, zu einer möglichen Ausgestaltung sowie zu einer Zusammenarbeit mit
den angrenzenden Gemeinden**

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation (STRB 413 vom 13. Mai 2015).

Cordula Bieri (Grüne) nimmt Stellung: Die Hauptausgaben bei den Sozialkosten fallen beim Alter und der gesundheitlichen Versorgung an und betreffen Sozialhilfe, Pflegekosten, Heimplatzierungen und Ergänzungsleistungen zu AHV/IV. Die Gemeinden im Kanton Zürich stehen unter starkem Spardruck. In den vergangenen Jahren wurden zahlreiche Steuern gesenkt oder gestrichen. Dadurch entgehen dem Kanton jährlich 1,2 Milliarden Franken. Durch den Spardruck müssen die Gemeinden auch bei den Sozialkosten sparen. Ein Soziallastenausgleich ist grundlegend. Er könnte auch den negativen Sozialhilfewettbewerb zwischen den Gemeinden beenden. Die Gemeinden sollten sich für Armutsbekämpfung einsetzen und nicht dafür, dass die in Armut lebenden Menschen vertrieben werden.

Weitere Wortmeldungen:

Samuel Balsiger (SVP): Die Forderung nach einem kantonalen Soziallastenausgleich zeugt von Arroganz gegenüber den Gemeinden, in denen nicht die Sozialindustrie die Politik bestimmt, von Ignoranz gegenüber dem Versagen der linken Politik und von Verantwortungslosigkeit gegenüber den Steuerzahlenden und der Jugend, die irgendwann die linke Schuldensuppe auslöffeln muss. Die Überbauung Hornbach ist ein Paradebeispiel. Die Linken geben Geld aus, das sie nicht haben, vertreiben den Mittelstand und versäumen es, gute Steuerzahlende in die Stadt zu locken. Würde die Masseneinwanderung gestoppt, hätte auch die Wohnungsnot in der Stadt ein Ende. Die Sozialindustrie bewirkt den Zuzug vieler Sozialfälle und Asylanten in die Stadt. Die rot-grüne Politik ist der Grund dafür, dass alle linken Städte finanziell am Abgrund stehen. Ein kantonaler Soziallastenausgleich ist im Namen der Fairness vehement abzulehnen.

Roger-Paul Speck (SP): Wir brauchen eine solidarische kantonale Finanzierung der Soziallasten. In einer Stadt wohnen mehr Menschen, die über wenig Geld verfügen, Arbeiterinnen und Arbeiter mit Migrationshintergrund, die in Risikoberufen arbeiten, welche wiederum häufiger zu Krankheiten im Berufsleben führen. Das kann zu Arbeitslosigkeit, einer IV-Rente oder in die Sozialhilfe führen. In Gemeinden mit steuerkräftigen EinwohnerInnen sieht dies anders aus. Diese können dank ihrer Ausbildung die gesünderen Arbeiten erledigen und beanspruchen weniger bedarfsabhängige Sozialleistungen. Die Quote bei Zusatzleistungen zu AHV und IV macht bei uns in der Stadt

fast 20 % aus. Jeder Fünfte braucht diese Zusatzleistungen, weil die Rente nicht reicht. So entstehen hohe Kosten für die Stadt. Menschen sind aber nicht nur ein Kostenfaktor, sondern vor allem Mensch. Wir wollen sie nicht aus der Stadt vertreiben. Der Kantonsrat sollte sich für Städte wie Zürich, Winterthur, Schlieren und Dietikon einsetzen. In diesen Städten leben fast 40 % der Bevölkerung des Kantons.

Markus Baumann (GLP): *Wir wollen mit der Interpellation eine intensive Diskussion über die Sozialkostenverteilung und allfällige Ausgleichsmechanismen anregen. Sozioökonomische Faktoren wie günstiger Wohnraum oder die altersdemographische Entwicklung einer Region spielen bei den Sozialausgaben einer Gemeinde eine grosse Rolle. Die finanzielle Belastung einzelner Gemeinden ist untragbar geworden und die Schere zwischen den einzelnen Gemeinden öffnet sich weiter. Es muss deshalb solidarisch gehandelt werden. Es darf nicht zu einem Wettbewerb zwischen den Gemeinden kommen. Ein Übertragen an den Kanton löst das Problem für die Stadt nur bedingt. Doch die soziale Wohlfahrt ist nebst Bildung und Gesundheit einer der drei Bereiche, in denen massive Kostensteigerungen zu erwarten sind, welche die Stadt nur bedingt steuern kann. Deshalb ist es wichtig, unter Einbezug aller Beteiligten einen mehrheitsfähigen und fairen Soziallastenausgleich im Kanton Zürich zu erreichen.*

Roger Liebi (SVP): *Die von Samuel Balsiger (SVP) angesprochenen Punkte sind wichtig. Die Sozialkosten sind zu hoch und zu einem grossen Teil eine Folge der linken Politik in dieser Stadt. Es werden diejenigen Personen angezogen, die über wenig oder gar kein steuerbares Einkommen verfügen. Die Infrastrukturkosten werden in die Höhe getrieben, aber die Steuereinnahmen sinken. Man sollte sich überlegen, warum dies so ist und wie die Stadtfinanzen künftig geregelt werden sollten.*

Niklaus Scherr (AL): *Verschiedene Kantone praktizieren bereits ein solidarisches Modell. Ein zentraler Punkt ist besonders gut an den Entwicklungen in Dietikon, Schlieren oder auch Zürich zu betrachten: Wenn die Gemeinden die Hauptlast der wirtschaftlichen Hilfe tragen, entwickeln sich Formen von Sozialtourismus einerseits und Abschiebetourismus andererseits. Zürich ist ein Zentrum, in dem Leute aus verschiedenen Schichten leben und leben sollen. Die Frage eines solidarischen Ausgleichs ist im Übrigen keine spezifische Stadtzürcher Frage. Auch kleine Landgemeinden können von Sozialausgaben belastet werden, so etwa, wenn eine Familie erhebliche wirtschaftliche Hilfe beansprucht. Die Aussage, dass bei den Städten und den Landgemeinden die Fragen der Sozialpolitik selbstverschuldet sein sollen, halte ich für nicht angebracht und die von Samuel Balsiger (SVP) gemachten Aussagen bezüglich Masseneinwanderung sind hanebüchen. Eine ebenso absurde Aussage könnte lauten, dass wir in Zürich einen Massenzustrom von Rentnerinnen und Rentnern verzeichnen, von denen heute 19,7 % Zusatzleistungen beanspruchen.*

Andreas Egli (FDP): *Entscheidend für die Frage eines kantonalen Soziallastenausgleichs sind nicht nur die Kosten, sondern die Verhältnismässigkeit der Ausgaben pro Sozialhilfeempfänger und die Berücksichtigung des Verhältnisses zu den Gesamtausgaben der Bevölkerung. Wenn jedoch die Lösung mehr Geld statt mehr Verantwortung lauten soll, kann die FDP dies nicht unterstützen. Zum Wohl unseres*

Kantons muss auch in den Zürcher Gemeinden ein positiver Standortwettbewerb mit möglichst guten Rahmenbedingungen stattfinden können.

Samuel Balsiger (SVP): *An Respekt für Andersdenkende ist auf linker Seite offenbar nicht viel übrig. Meine Aussagen zur Masseneinwanderungen wurden verrissen, die Linken widersprachen sich danach aber gleich selbst. So etwa sagte Roger-Paul Speck (SP) in seinem Votum, dass in der Stadt mehr Migranten und bildungsferne Personen und in Aussengemeinden wiederum bessere Steuerzahler wohnen würden. Meine Aussage war: Mit den Luxuswohnungen auf dem Areal Hornbach werden Millionen von Franken verbraten. Es werden Leute angelockt, die keine guten Steuerzahlende sind. Ich zitiere lediglich die Realität. Die Linken, zu denen in Zürich auch die GLP gehört, wollen Geld ausgeben, konsumieren, in Saus und Braus leben, aber bezahlen sollen es andere. Niklaus Scherr (AL) argumentierte, dass auch Landgemeinden unter Druck geraten würden, erwähnt aber dabei nicht, dass es sich beim kürzlich aktuellen Fall um eine Asylantenfamilie handelt. Weiter beleidigte er in seinem Votum Rentner, indem er die Masseneinwanderung gegen die Rentner ausspielte. Das zeugt von fehlendem Respekt.*

Walter Angst (AL): *Ich möchte hier einiges berichtigen: Die Sozialhilfequote in Zürich sinkt oder aber bleibt stabil. Ein Anstieg ist in Orten in der Agglomeration zu verzeichnen. Die Ergänzungsleistungen steigen allenfalls. Unser Steueraufkommen ist – auch bei den privaten Personen – wachsend. Diese Entwicklung wurde durch die Quellensteuer und die Grundstückgewinnsteuer erzielt. Die Masseneinwanderung ist somit nicht der Verarmungsfaktor Nr. 1. Hinsichtlich des Steuereinkommens pro Person sind die Verschiebungen in der Zusammensetzung der Bevölkerung zu berücksichtigen. Wenn es mehr Familien gibt, sinkt das Steuereinkommen. In den vergangenen zwei Wochen wurde über die Wohnbedingungen von Sozialhilfeempfängern und Flüchtlingen gesprochen. Am meisten würde ich mir vom Soziallastenausgleich insbesondere im Bereich der Wohnintegration versprechen. Wir müssen zu einer logischen Finanzierung der Sozialkosten übergehen.*

Dr. Mario Babini (parteilos): *Die Einwanderung ist für unsere Volkswirtschaft ein ausserordentlicher Erfolgsfaktor. Aus dieser Sicht ist kein direkter Kausalzusammenhang zwischen Masseneinwanderung und Sozialleistungen feststellbar. Bei der Interpellation geht es im Übrigen nicht darum, dass man etwas umsetzt und Gelder umverteilt. Es wird lediglich eine Antwort auf eine Anfrage verlangt.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

STR Raphael Golta: *Wir sprechen nicht nur von Zürich, sondern auch von Dietikon, Oberglatt, Schlieren, Regensdorf, Opfikon und Wetzikon. Die Zahlen dieser Gemeinden zeigen, dass die Faktoren, die die Sozialhilfequote hauptsächlich beeinflussen, ausserhalb des Einflussbereichs der entsprechenden Gemeinde liegen. Aus diesem Grund müssen wir über eine bessere Verteilung der Soziallasten im Kanton Zürich sprechen. Dietikon hat bezüglich der Sozialkosten ein grösseres Problem als Zürich und ist alles andere als eine linke Gemeinde. Wir wollen keinen Negativwettbewerb zwischen*



4 / 4

den einzelnen Gemeinden. Die grösseren Städte müssen dabei am Ende die Hauptlast tragen. Viele Kantone praktizieren bereits ein solidarisches Modell bezüglich der Sozillastenverteilung. Der Wohnraum spielt bei dieser Frage durchaus eine Rolle. Doch genau weil in Zürich vernünftiger Wohnraum teuer wurde, müssen nun auch andere Gemeinden Menschen beherbergen, die nicht nur über hohe Einkommen verfügen. Deshalb ist es umso wichtiger, dass wir eine gesamtkantonale Lösung finden.

Das Geschäft ist nach erfolgter Diskussion erledigt.

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat